

Gefahr durch Ewigkeitschemikalien: SPD fordert PFAS-Plan für Bayern

Pressekonferenz mit

Anna Rasehorn, MdL, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und
umweltpolitische Sprecherin,

Sebastian Roloff, MdB, bayerischer SPD-Landesvorsitzender,

Roland Eichmann, Bürgermeister von Friedberg,

Johannes Schnell, Bayerischer Fischereiverband

9. September 2026 um 10.30 Uhr,
PK-Raum A211 des Bayerischen Landtags und Webex

PFAS in Bayern – der Freistaat braucht einen Plan im Umgang mit Ewigkeitschemikalien

PFAS, sogenannte Ewigkeitschemikalien, sind eine Bedrohung für die Gesundheit und bereits in Blut, Organen, in Muttermilch und sogar in Föten festgestellt worden. Die Chemikalien finden sich vielerorts in Bayern in Gewässern, im Trinkwasser, in Böden, der Luft und in Lebensmitteln. Fälle wie Gendorf, Manching oder die Friedberger Ach zeigen, wie schwierig und teuer der Umgang mit teilweise jahrzehntealten Belastungen ist. Und trotzdem sind wir nach wie vor bei vielen Herstellungsprozessen und Materialien auf PFAS angewiesen.

Da PFAS in belasteten Böden zu einer immer größeren Gefahr für Mensch und Umwelt werden und viele nachweislich krebserregend sind, fordert die SPD-Landtagsfraktion ein umfassendes Maßnahmenpaket: Kommunen unterstützen, klare Regeln für belastetes Material schaffen, Entsorgung und Sanierung sichern und gesundheitliche Folgen besser untersuchen.

Was sind PFAS – und warum sind sie ein Problem?

PFAS umfassen mehr als 10.000 künstlich hergestellte Chemikalien mit Kohlenstoff-Fluor-Bindungen, welche verschiedene Materialien sehr langlebig und extrem stabil machen. Aufgrund dieser Eigenschaft werden sie unter anderem in Textilien, Kochgeschirr, Feuerlöschschäumen, Zahnseide und für etliche Spezialanwendungen, zum Beispiel in der Medizin, der Raumfahrt, der Energietechnik und der Elektronik verwendet. Sie werden unter normalen Umweltbedingungen kaum abgebaut und verbleiben über Jahrhunderte auf unserem Planeten, woher auch der Name "Ewigkeitschemikalie" kommt.

Durch die Produktion, aber auch über die Auswaschung gelangen PFAS in Böden, Luft und Gewässer, dann in Pflanzen und tierische Produkte und in den Menschen. Für die menschliche Gesundheit kann das gefährlich werden:

- **Erhöhtes Krebsrisiko:** Insbesondere für Leber-, Nieren- und Hodenkrebs. Für den EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) wird die jährliche Belastung allein durch PFAS-bedingten Nierenkrebs auf 12,7 bis 41,4 Millionen Euro geschätzt.
- **Beeinträchtigung des Immunsystems:** PFAS können die Immunantwort schwächen, was sich in einer höheren Infektionsanfälligkeit bei Kindern zeigt, außerdem wird die Wirksamkeit von Impfungen beeinträchtigt.
- **Erhöhter Cholesterinspiegel** und erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.
- **Hormonelle Störungen und Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit.**
- **Schilddrüsenerkrankungen.**
- **Entwicklungsstörungen:** Es besteht ein Zusammenhang mit einem **geringeren Geburtsgewicht** bei Neugeborenen.

- **Erhöhte Sterblichkeit:** In belasteten Gemeinden wird ein Zusammenhang mit der Gesamtmortalität (all-cause mortality) beobachtet. Die jährlichen gesundheitsbezogenen Kosten für die Gesellschaft im Europäischen Wirtschaftsraum werden auf mindestens **52 bis 84 Milliarden Euro** geschätzt.

Versuche zur Regulierung

Auf europäischer Ebene gab es im Jahr 2023 einen Vorstoß, PFAS als gesamte Gruppe für jene Anwendungen, für die bereits Alternativen existieren, zu verbieten, sowie ein langsames, schrittweises Verbot für die Verwendungen, die noch keine Alternativen haben, zu erwägen. Zudem wurde in der neuen Kommunalen Abwasserrechtlinie (KARL) die Einführung einer neuen Reinigungsstufe beschlossen, die Menschen und Umwelt vor PFAS und anderen chemischen Verunreinigungen schützen sollen und Verursacher finanziell in die Pflicht nehmen. Die EVP versucht dies zu verhindern.

PFAS ist in Bayern ein großes Problem. Zwei Beispiele:

Friedberger Ach:

Die Belastung steht mutmaßlich im Zusammenhang mit dem ehemaligen Militärflugplatz Penzing. Dort gelten die frühere Feuerwache und das Feuerlöschübungsbecken als wesentliche Quellen der PFAS-Belastung des Grundwassers und des Verlorenen Bachs, der später in die Friedberger Ach übergeht. Auch das Monitoring 2024 zeigt weiter PFAS-Frachten im Gewässersystem.

Für den Gewässerunterhalt muss Schlamm entfernt werden, damit das Gewässer leistungsfähig bleibt – zugleich ist das Material mit PFAS belastet. Im Januar 2026 hat die Regierung von Schwaben einen Runden Tisch eingerichtet, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Vereinbart wurde ein Feldversuch, in dem der Schlamm am Gewässerrand abgedichtet und mit einem Ablauf zum Gewässer getrocknet wird. Im Anschluss soll eine Probe entnommen werden. Bei Einhaltung der entsprechenden Verwertungsklasse (gemeint ist die verbleibende Kontaminierung) kann der Schlamm wieder am Gewässerrand eingebaut werden.

Was mit dem Material passiert, wenn die Verwertungsklasse nicht eingehalten werden kann, ist bislang ungeklärt. Sollte das Verfahren erfolgreich sein, entscheidet der Runde Tisch, ob das Vorgehen auf den gesamten Gewässerlauf ausgeweitet werden kann. Dank der Fraktionsreserve der Regierungsfractionen konnte zumindest ein erster Lösungsansatz zum Gewässerunterhalt gefunden werden. Eine Reinigung bzw. Sanierung des Gewässers erfolgt dadurch jedoch nicht.

Gendorf/Altötting:

Die PFAS-Belastung aus dem Chemiepark wirkt bis heute großflächig nach. Trinkwasser muss teilweise mit Aktivkohle gereinigt werden. Belastete Böden und Grundwasser bleiben ein langfristiges Problem. Eine aktuelle Petition aus Haiming kritisiert zu Recht, dass Kommunen, Bauherren und Grundstückseigentümer mit hohen Folgekosten und Unsicherheiten belastet werden, während weiterhin offen ist, ob der Verursacher dafür in Haftung genommen werden kann. Die Petenten fordern, Schadensersatzansprüche des Freistaats gegen 3M/Dyneon konsequent und mit externer Rechtsexpertise zu verfolgen.

Weitere Regionen: Auch in den Landkreisen Landsberg am Lech, Fürstenfeldbruck, in der Stadt Ansbach, im Umfeld eines Industriegebiets bei Ingolstadt, um den Militärflughafen Grafenwöhr, bei Manching, bei Neustadt an der Donau und um den Militärflughafen Nürnberg wurden erhebliche Belastungen mit PFOS und PFOA festgestellt, die die Orientierungs- oder Leitwerte um ein Vielfaches überschreiten. Die Belastung des Grundwassers in Burgkirchen an der Alz (LK Altötting) überschreitet den gesundheitlichen Orientierungswert für PFOA um das 1000-fache, im Boden um das 500-fache. Hinzu kommt: Die räumliche Ausdehnung der Belastung wird derzeit neu bewertet, zugleich fehlen für viele Betroffene noch immer belastbare und aktuelle Datengrundlagen. Auch der Umgang mit belastetem Bodenaushub bleibt aufwendig und teuer. Die Petition verweist zudem auf mögliche naturbasierte Sanierungsansätze wie Phytosanierung, die aus Sicht der SPD wissenschaftlich weiter untersucht werden sollten.

PFAS trifft auch die Fischerei

PFAS verbleiben nicht nur im Wasser und im Sediment – sie reichern sich auch in Fischen an. Bayernweite Untersuchungen aus den vergangenen 14 Jahren wiesen in zahlreichen Fischarten hohe PFAS-Konzentrationen nach. Auch die Friedberger Ach ist betroffen.

Untersuchungen des Bayerischen Landesamts für Umwelt zeigen, dass an rund 22 Prozent der untersuchten Messstellen in bayerischen Gewässern die Umweltqualitätsnorm für PFOS in Fischen überschritten wurde. Für Fischereivereine und Inhaber von Fischereirechten kann das weitreichende Folgen haben. Der Landesfischereiverband Bayern weist darauf hin, dass Verzehrhinweise oder Einschränkungen neben der Verunsicherung der Angler auch wirtschaftliche und rechtliche Folgen haben können – wie etwa Bewirtschaftungseinschränkungen oder -einbußen.

Daher sind Maßnahmen zu ergreifen, die die Zunahme von Schadstoffbelastungen wie PFAS in den Gewässern verhindern und die bestehenden Belastungskomplexe sanieren. Betroffene Fischereien brauchen hier Unterstützung.

Was wir jetzt fordern

1. Kommunen finanziell und rechtlich unterstützen

Wir brauchen einen bayerischen Sanierungs- und Unterstützungsfonds, Soforthilfen etwa für Trinkwasseraufbereitung oder Ersatzwasserquellen und Unterstützung bei der Durchsetzung von Ansprüchen gegen die Verursacher. Wenn Industrie oder Bundesstellen verantwortlich sind, muss das Verursacherprinzip konsequent durchgesetzt werden.

2. Klare Regeln für PFAS-belasteten Gewässeraushub

Friedberg zeigt, wie kompliziert die Praxis ist. Kommunen brauchen rechtssichere Vorgaben für Entwässerung, Zwischenlagerung, Beprobung, Verwertung und Entsorgung belasteter Sedimente – damit notwendiger Gewässer- und Hochwasserschutz nicht an ungeklärten Zuständigkeiten scheitert.

3. Sichere Entsorgung – und wissen, was bei der Verbrennung tatsächlich passiert

Wir wollen die bestehenden bayerischen Entsorgungskapazitäten überprüfen, ein transparentes Monitoring von Emissionen und Rückständen sowie Forschung an alternativen Zerstörungsverfahren.

Bei der thermischen Behandlung reicht die Angabe einer Ofentemperatur allein nicht. Nach der aktuellen EPA-Bewertung sprechen die bislang besten Daten für gut durchmischte Verbrennungsbedingungen oberhalb von etwa 1.100 °C. Vollmaßstabtests mit flüssigen PFAS-Abfällen zeigen hohe Zerstörungsraten. Gerade bei festen PFAS-Abfällen fehlen ausreichend belastbare Daten über

mögliche unvollständige Abbauprodukte. Genau deshalb braucht es Messung und Transparenz statt pauschaler Annahmen.

4. Den Freistaat bei überforderten Kommunen in die Verantwortung nehmen

Wo PFAS-belastete Gewässer 3. Ordnung Kommunen vor außergewöhnliche Sanierungs- und Unterhaltungsaufgaben stellen, soll der Freistaat Verantwortung übernehmen und die Wasserwirtschaftsverwaltung entsprechend ausstatten. Die Friedberger Ach zeigt konkret, warum die heutige Aufgabenverteilung an ihre Grenzen kommt.

5. Gesundheitliche Folgen langfristig untersuchen

Wir wollen eine bayerische Langzeitstudie mit Humanbiomonitoring in besonders betroffenen Regionen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen einbezogen, Trinkwasser und regionale Lebensmittel regelmäßig untersucht und die Ergebnisse transparent veröffentlicht werden.